

Forderungskatalog zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf 2023

Fokus: Bildung und Betreuung



Einleitung

Der vorliegende Forderungskatalog beinhaltet konkrete Maßnahmen für die Bereiche Kleinkinderbetreuung, Kindergarten, Schule sowie Mensa und Nachmittagsbetreuung, die sowohl für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf als auch für eine qualitätvolle Bildung und Betreuung der Kinder unabdingbar sind.

Denn...

...wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig ist, weil öffentliche Strukturen den Anforderungen von Eltern und Kindern nicht gerecht werden und dann auch noch **das familiäre Netz fehlt**, dann sind es meistens Frauen, die in Sachen Lohnarbeit zurückschrauben (müssen), um dann nicht rentenabgesichert und nicht entlohnt Sorgearbeit zu leisten.

...wenn betreuende Elternteile (überwiegend Frauen) aufgrund der Tatsache, dass die Zeiten der **Bildungseinrichtungen nicht mit den Arbeitszeiten zusammenpassen**, vorrangig Teilzeitmodelle mit Arbeitszeiten am Vormittag wählen oder gar kündigen (müssen), dann kann weder von Chancengerechtigkeit noch von sozialer und finanzieller Teilhabe die Rede sein.

...wenn sie in die private Sphäre gedrängt anstatt in die Erwerbstätigkeit geführt werden, bleiben auch die Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt aus, weil den Arbeitgeber:innen selbst hochqualifizierte Personen durch die Finger rutschen. Auch die Integration und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie gesundheitliche Chancengerechtigkeit von Kindern mit besonderen Intergationsbedarfen werden erschwert und Bildungsungleichheit verstärkt.

...wenn für Eltern die Planungssicherheit der Sommer- oder Nachmittagsbetreuung und für Kinder die notwendige Kontinuität zu Bezugspersonen fehlen, weil die **Angebote nicht ausreichen, nicht leistbar** sind, eine **organisatorische Herausforderung** darstellen oder die Eltern ihre Kinder nicht sicher aufgehoben wissen, dann ist augenscheinlich, dass es strukturelle Veränderungen braucht. Denn wir können nicht mehr weiter so tun, als ob mittags alle mit ihrer Lohnarbeit fertig sind und im Sommer über drei Monate Urlaub verfügen.

...wenn sich ein starres System den Anforderungen einer modernen Gesellschaft nicht anpasst und sich auf Kosten von Frauen, Eltern, Fachkräften und Kindern auf traditionellen Rollenbildern ausruht, dann ist eine Umgestaltung entsprechender Strukturen dringend fällig.

Deshalb braucht es:

- ein **Gesamtkonzept für den Bildungs- und Betreuungsbereich**, das die Altersspanne von 0 bis 14 Jahren umfasst und **Qualität** garantiert;
- mehr **Planungssicherheit**, mehr Kontinuität und auf die Arbeitszeiten abgestimmte Angebote für Eltern;
- eine **konsistente Investition in Bildung und Betreuung**;
- eine Politik, die **Chancengerechtigkeit** garantiert und dafür sorgt, dass niemand Nachteile aus diesem System zieht – weder Frauen noch Kinder, Familien oder die Wirtschaft;
- eine Chancengleichheit durch kontinuierliche Bildung und Betreuung in allen Bildungsstufen auch für **Kinder mit Beeinträchtigung** und jene **aus belasteten Familiensituationen**.

Das Wohl des Kindes im Mittelpunkt und Wahlfreiheit der Eltern hinsichtlich der inner- bzw. außerfamiliärer Betreuung bleiben als zentrale Forderungen aufrecht.

Es versteht sich von selbst, dass wichtige Aspekte wie etwa Rentenabsicherungen, Anerkennung von Pflege- und Erziehungszeiten, Verbesserungen in der Arbeitswelt, finanzielle Unterstützung von Familien, mehr Familienzeit grundlegende Voraussetzungen für eine familienfreundliche Politik sind. Die strukturellen Benachteiligungen von Menschen mit Kindern auf allen Ebenen können nicht mehr hingenommen werden.

Dringend nötige Maßnahmen in der Übersicht:

Die hier aufgelisteten Forderungen werden auf den nachfolgenden Seiten im Detail erläutert.

0 bis 3 Jahre	3 bis 6 Jahre	6 bis 14 Jahre
Kleinkinderbetreuung	Kindergarten	Schule und Mensabetreuung
1. Neue Finanzierungsmodelle erarbeiten	1. Zugangskriterien für die Verlängerungen modernisieren	1. Mensa und Übermittagsbetreuung ausbauen
2. Kosten für Kleinkinderbetreuung und Kindergarten für die Familien vereinheitlichen	2. Eintritte mindestens zweimal jährlich gewährleisten	2. Extraschulische Nachmittagsbetreuung ausweiten und Rahmenbedingungen verbessern
3. Flexiblere Aufnahmen während des Jahres ermöglichen	3. Ein- und Austrittszeiten flexibilisieren	3. Schulische Begleitangebote garantieren und Schulzeiten aufeinander abstimmen
4. Rechtsanspruch schrittweise aufbauen	4. Ganztageskindergarten mit wenigen Wochen Schließung anbieten	4. Ganztagsangebote im Sinne der Schule als Lebensraum in größeren Zentren ausbauen
5. Mehr kostenfreie Ferienzeit für Kleinkinder in der KiTa ermöglichen	5. Pädagogische Arbeit vor Bürokratie und Dokumentation stellen	
	6. Mehr Flexibilität in der Kindergartenwahl gewährleisten	
<p>➔ Kooperation von öffentlichen und privaten Organisationen bzw. Körperschaften in sog. „Poli d’infanzia“ entwickeln</p>		

Kleinkinderbetreuung

Kontinuität und Qualität in der Kleinkinderbetreuung sind essenziell. Es ist daher wichtig, weiter an einem stabilen, qualitativvollen und finanziell abgesicherten Angebot zu arbeiten.

1. Neue Finanzierungsmodelle erarbeiten

- Für die Kleinkinderbetreuung muss ein **einfacheres und unbürokratischeres Finanzierungsmodell** entwickelt werden. Die Abrechnung auf Stundenbasis ist aufgrund des steigenden Volumens der Kleinkinderbetreuung nicht mehr zeitgemäß. Die Arbeitsbedingungen für Kleinkinderbetreuer:innen müssen verbessert werden, ansonsten wandert das Personal ab.

2. Kosten für Kleinkinderbetreuung und Kindergarten für die Familien vereinheitlichen

- Die Höhe der **Kosten für die Familien, die für die Kleinkinderbetreuung und den Kindergarten** aufgewendet werden, sollen (unter Berücksichtigung der 200€ Landesfamiliengeld in den ersten drei Jahren) **einheitlich** sein.

3. Flexiblere Aufnahmen während des Jahres ermöglichen

- Derzeit bekommen viele Eltern keinen verlässlichen Platz in der Kleinkinderbetreuung. Dies ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die Aufnahmen hauptsächlich im Herbst erfolgen. Eltern benötigen spätestens ab dem Zeitpunkt, wenn die Elternzeit ausläuft, einen Platz. Durch eine **Flexibilisierung der Aufnahmen** während des Jahres (auch im Kindergarten) können Verbesserungen erreicht werden.

4. Rechtsanspruch schrittweise aufbauen

- In den kommenden Jahren muss an der Umsetzung eines **Rechtsanspruchs** für einen Platz in der Kleinkinderbetreuung gearbeitet werden.

5. Mehr kostenfreie Ferienzeit für Kleinkinder in der KiTa ermöglichen

- Jedes Kleinkind in der Kindertagesstätte hat derzeit nur auf vier Wochen Urlaub Anspruch. Sollte das Kleinkind länger zuhause bleiben, muss der volle Stundentarif (von ca. 14€ pro Stunde) bezahlt werden. Diese **Urlaubstage müssen dringend erhöht** werden, ohne dass dies zulasten der Sozialgenossenschaft bzw. der Familien geht. Wenn Elternteile frei haben, muss das Kind zuhause bleiben dürfen.

6. Kooperation von öffentlichen und privaten Organisationen bzw. Körperschaften entwickeln

- Die Maßnahmen im Bereich der Elementarbildung (betreffend die Kinder zwischen 0 und 6 Jahren) sollen beständig weiterentwickelt werden. Dies könnte in den sogenannten „**Poli d’infanzia**“ geschehen, wo Kleinkinderbetreuung und Kindergarten in einem einzigen Gebäude organisiert werden. **Öffentliche und private Einrichtungen bzw. Organisationen** arbeiten dort strukturiert zusammenarbeiten und öffnen ihre Räume auch als **Treffpunkte** für Familien mit Kindern bis zu sechs Jahren.

Kindergarten

1. Zugangskriterien für die Verlängerungen modernisieren

- Es braucht eine Anpassung der DVO zur Art. 11, Abs. 4 des LG Nr. 36 vom 17. August 1976. Die **alleinige Berufstätigkeit der Eltern als zwingende Voraussetzung für die Einschreibung der Kindergartenkinder in die verlängerten Öffnungszeiten** muss abgeändert werden. Es gibt nämlich viele unterschiedliche Gründe, warum Familien eine Verlängerung brauchen, zum Beispiel: Spracherwerb, Pflege eines Angehörigen, Arbeitssuche, Ausbildung und viele andere mehr.
- Es braucht— vor allem in den deutschsprachigen Kindergärten — verlässliche **Verlängerungen mit flexiblen Abholzeiten**. Das Angebot ist von Montag bis Freitag klar definiert und bleibt über mehrere Jahre aufrecht.

2. Eintritte mindestens zweimal jährlich gewährleisten

- Der Kindergarten muss **zweimal jährlich** (September und Jänner) **einen Eintritt** gewährleisten. Ein zweiter Einstiegstermin bringt den Vorteil, dass die Kinder nicht bis zum darauffolgenden September in der Kleinkinderbetreuung bleiben müssen bzw. dass Elternteile früher wieder in die Arbeit einsteigen können.

3. Ein- und Austrittszeiten flexibilisieren

- Es braucht eine Flexibilisierung der Eintrittszeiten ohne eine Reduzierung der Austrittszeiten am Nachmittag (z.B. Eintritte um 7:15 Uhr). Die **Frühöffnungen** müssen dringend landesweit **ausgebaut** werden. Langfristiges Ziel: Sofern Bedarf besteht (z.B. bei Arbeitszeiten am Nachmittag) soll ein Kindergartenbesuch auch nur am Nachmittag ermöglicht werden.

4. Ganzjahreskindergarten mit wenigen Wochen Schließung anbieten

- Es braucht einen Umbau in Richtung eines **qualitätvollen Ganzjahreskindergartens** mit wenigen Wochen Schließungszeit.
- Die Angebote im Sommer sollen von den Kindergartendirektionen organisiert werden. Die **Urlaubszeiten** sind für die Familien **frei buchbar**.

5. Pädagogische Arbeit vor Bürokratie und Dokumentation stellen

- Es braucht in den Kindergärten **weniger bürokratische Auflagen**, damit die pädagogische Arbeit im Vordergrund bleiben kann. Die Qualität der Bildung und Betreuung darf nicht unter Umstrukturierungen leiden.
- Gemeinsam mit dem pädagogischen Personal muss daran gearbeitet werden, wie viel Bürokratie nötig ist, wie die Arbeitsbelastung verringert und die Attraktivität des Berufsbildes gesteigert werden kann.
- Es ist nötig an einer Verbesserung des **Betreuungsschlüssels** zu arbeiten, um der aktuellen Komplexität in den Kindergärten gerecht zu werden.

6. Mehr Flexibilität in der Kindergartenwahl gewährleisten

- Es müssen Voraussetzungen geschaffen werden, dass Eltern ihre Kinder flexibel in Kindergärten einschreiben können, zum Beispiel in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der Großeltern (übergemeindliche Kooperationen).

7. Kooperation von öffentlichen und privaten Organisationen bzw. Körperschaften entwickeln

- (siehe Punkt 6 der Kleinkinderbetreuung)

Schule und Mensabetreuung

In Südtirol ist seitens der Eltern in den letzten Jahren vermehrt die Nachfrage nach niederschweligen Betreuungs- und Begleitangeboten nach der regulären Unterrichtszeit feststellbar. Daher braucht es künftig **neue Ansätze, die Bildungs- und Betreuungsangebote sowie Mensa miteinander verbinden**. Auch die Angebote aus den Bereichen Sport, Vereinswesen, Musik und Jugendarbeit sollen miteinbezogen werden.

Für berufstätige Eltern ist es wichtig, dass die Angebote planbar, gut durchdacht und zukunftsweisend sind. Sie sollen verlässlich über mehrere Jahre stattfinden und **den Bedürfnissen der Kinder entsprechen**. Erst durch den Aufbau von diversifizierten Angeboten kann den Familien eine effektive Wahlmöglichkeit geboten werden.

1. Mensa und Übermittagsbetreuung aufbauen

- Die Teilnahme der Kinder **nur am Mittagstisch** ohne weiterführenden Unterricht bzw. Nachmittagsbetreuung soll in den Gemeinden ermöglicht werden. Aufgrund der besorgniserregenden Datenlage zur Zunahme von Gewichtsproblemen und Essstörungen bei Kindern und Jugendlichen würde diese Möglichkeit der gemeinsamen gesunden Mittagsmahlzeit unter anderem nicht nur ein Entlastungsangebot für Familien, sondern ein niederschwelliges Präventionsangebot darstellen.
- Landesweit benötigen viele Familien mittags einen **Mensadienst** für ihre Kinder mit einer oder wenigen zusätzlichen Stunden an Betreuung. Dieses Modell der **Übermittagsbetreuung (und ggf. der Randzeitenbetreuung)** für Grund- und Mittelschüler:innen muss ausgebaut und vom Land bezuschusst werden.
- Die Betreuungsangebote müssen **kostengünstig** sein. Wenn zu hohe Kosten anfallen, können manche Bevölkerungsgruppen das Angebot nicht nutzen (speziell Kinder aus Familien mit geringem sozioökonomischen Status werden ausgeschlossen).

2. Extraschulische Nachmittagsbetreuung ausweiten und Rahmenbedingungen verbessern

- **Die Nachmittagsbetreuung** nach der Schule durch private Anbieter muss auf- und ausgebaut werden. Aufgrund des geringen Arbeitsauftrags nur am Nachmittag gibt es große Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden. Zudem ist die hohe Fluktuation der geringen Entlohnung geschuldet. Die „klassische“ Nachmittagsbetreuung braucht daher dringend **bessere Rahmenbedingungen** (Finanzierung, Räumlichkeiten, Betreuungsschlüssel...).
- Es ist nötig, dem Betreuungspersonal vollzeitnahe Teilzeitbeschäftigung bzw. Vollzeitaufträge zu ermöglichen. Dazu muss geklärt werden, ob dieses Personal bereits am Vormittag in den schulischen Alltag eingebunden werden könnte.
- Der derzeit vorgesehene **Betreuungsschlüssel 1:8** muss **angepasst** werden, wenn in der Nachmittagsbetreuung Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten oder mit besonderer Sprachförderung begleitet werden müssen bzw. wenn Kinder vom Sozialdienst in die Betreuung vermittelt werden.

3. Schulische Begleitangebote garantieren und Schulzeiten aufeinander abstimmen

- Der **Nachmittagsunterricht** an den Schulen soll an **mindestens zwei Nachmittagen pro Woche** an allen Schulstellen zur Verfügung stehen. Die Angebote der lokalen Sport-, Musik- oder sonstigen Vereine können Teil des schulischen Angebots am Nachmittag sein.
- **Flexible Eintritte der Schüler:innen** am Morgen sollen möglich sein.
- Die **Öffnungszeiten** der Bildungseinrichtungen sollen über die **verschiedenen Schulstufen** hinweg **angepasst** werden. Der SSP St. Vigil im Enneberg gewährleistet schulstufenübergreifend gleiche Ein- und Austrittszeiten sowie ein gemeinsames Mittagessen.

Dieses Modell bzw. ähnliche Best-Practice-Beispiele aus anderen Landesteilen könnten als Referenzmodell für Südtirol hergenommen werden.

4. **Ganztagsangebote im Sinne der Schule als Lebensraum in größeren Zentren ausbauen**
 - In den größeren Zentren sollen schulische **Ganztagesangebote – im Sinne der Schule als Lebensraum** – zur Verfügung stehen. Diese Angebote können gemeindeübergreifend genutzt werden. Die Modelle müssen attraktiv gestaltet werden, kinderfreundlich sein und viel Raum für Kreativität, Sport, Musik usw. bieten.

Personal

Es muss in allen Bereichen geklärt werden, wie eine ausreichende **Personalverfügbarkeit** im Bildungswesen gewährleistet werden kann.

Folgende Möglichkeiten bieten sich an: Bonus für Mitarbeiter:innen, die zusätzliche Leistungen übernehmen, Direktberufungen, Einbeziehung neuer Berufsbilder in den Kindergarten und Schule, Überarbeitung der Kollektivverträge.

Auch eine längerfristig angelegte **strukturierte Kooperation auf Augenhöhe** der Bildungsinstitutionen mit privaten Anbietern kann zukunftssträchtig sein.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, sollen **berufsbegleitende Ausbildungsmodelle** im Kindergarten und in der Kleinkindbetreuung ermöglicht werden (Entlohnungen in der Ausbildungszeit und rentenmäßige Absicherungen sollen vorgesehen werden).

Unterzeichnende Mitgliedsorganisationen 'Allianz für Familie':

1. Arbeitskreis Eltern Behinderter (AEB)
2. Elterninitiative Südtirol
3. Netzwerk der Eltern-Kind-Zentren Südtirols
4. Forum Prävention
5. Katholischer Verband der Werktätigen (KVW)
6. Landesbeirat der Eltern (LBE)
7. Regenbogenfamilien-Verein der gleichgeschlechtlichen Eltern
8. Sozialgenossenschaft Tagesmutter Casa Bimbo
9. Südtiroler Plattform für Alleinerziehende EO
10. Väter aktiv
11. Verein „Donne Nissá-Frauen Nissá“
12. Wnet (networking woman Südtirol)
13. Verein Südtiroler Adoptiv- und Pflegeeltern

